

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 270 (1997)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(vom 16. Mai 1995 bis 15. Mai 1996)

Die Wirtschaftslage bereitet weltweit begründete Sorgen. Deshalb sei an den Anfang dieses Jahresberichts ein *internationaler Rundblick auf die aktuellen Wirtschaftsdaten und -entwicklungen* gestellt. Die vor Jahresfrist gehegten Erwartungen der Rückkehr zu einem sich zusehends verstärkenden konjunkturellen Aufschwung sind nämlich, mit wenigen punktuellen Ausnahmen, arg enttäuscht worden. Es ist mehr nur ein Streit um Worte, ob die Konjunktur in den Industrieländern neuerdings eine Abschwächung erfahren habe oder ob die unerfreulichen Zahlen der Statistik den Beginn einer weiteren Rezession zum Ausdruck bringen. Tatsache ist, dass das wirtschaftliche Wachstum sich in der Berichtsperiode deutlich verlangsamt hat. Fast alle Prognosen für 1996 mussten inzwischen allenthalben nach unten revidiert werden.

Ein Lichtblick ist eigentlich nur die nach wie vor niedrige Teuerungsrate. Es ist in der Tat in den wichtigsten Industriestaaten gelungen, die *Inflation* im Zaum zu halten, und bemerkenswerterweise hat die manchenorts jetzt etwas gelockerte Geldpolitik der Zentralbanken noch kaum irgendwelche Teuerungsschübe verursacht. In den USA liegt die Inflationsrate bei ca. 3%, knapp über dem Vorjahr, in Europa auf durchschnittlich 2,7%. Aus dem Rahmen fällt allerdings, wie gewohnt, eine Reihe von überseeischen Ländern, angeführt von Mexiko und Venezuela mit 25% bzw. 80% (1995: je 52%), Brasilien mit 30% sowie die Volksrepublik China mit 15%. Auch Ungarn und Polen warteten mit 29% und 22% auf (1995: 29% und 27%). Andererseits wird in der Tschechei heute eine Inflationsrate von lediglich 8% ausgewiesen, und in diesem Rahmen bewegen sich auch erstaunlicherweise einige vormals von hohen Inflationsraten heimgesuchte Entwicklungsländer, nämlich Indien, Indonesien, Malaysia und die Philippinen. Argentinien überrascht mit einer unerwartet niedrigen Rate von gerade noch 3%.

Die *Wachstumsraten* sind nicht erhebend. In den USA ist nur noch mit einer solchen von 3%

zu rechnen, nachdem diese 1995 noch 3,3% betragen hatte. Die amerikanische Konjunkturlokomotive verliert offenbar an Zugkraft. Aber auch in Europa ist der vorübergehend herrschende temperierte Optimismus diesbezüglich wieder verfliegen. Die Wachstumsraten sind allerdings in einigen überseeischen Ländern beeindruckend hoch geblieben, so in China mit 10,2%, in Thailand mit 8,5%, Südkorea und Malaysia 8%, Indonesien 7%. Chile wartet mit einer Wachstumsrate von immerhin 6,5% auf; und die Tschechische Republik und Polen bringen es auf ansehnliche 5%. Mexiko, das noch 1995 im Gefolge der sog. Tequila-Krise einen plötzlichen Kollaps seiner Währung erlebte, hat 1995 eine Schrumpfung um 7,5% zu verschmerzen gehabt; es ist nun im Aufholen begriffen und dürfte das laufende Jahr mit einer positiven Wachstumszahl von ca. 2% beenden.

Zu einem wahren Krebsübel hat sich die *Arbeitslosigkeit* entwickelt. Sie hat sich in den Industrieländern noch keineswegs stabilisiert; in einigen Ländern hat sie sogar noch zugenommen. Das europäische Panorama zeigt, selektiv dargestellt, bedenklich hohe Prozentzahlen, so in Spanien 23%, in Belgien 14,3%, in Italien 12,6%, ja selbst in Frankreich 11,8% und in Deutschland 11,1%. In allen OECD-Ländern werden heute insgesamt 50 Mio. Arbeitslose gezählt! Ausserhalb von Europa steht die Arbeitslosigkeit in Kanada mit 9,7%, in Australien mit 8,5% und in den Vereinigten Staaten, leicht abnehmend, mit 5,5% zu Buch. In vielen Entwicklungsländern ist jeder zweite, dritte oder vierte Einwohner im aktiven Alter ohne Arbeit, wobei es nota bene in den meisten Fällen dort auch keine Auffangnetze gibt; wenn von Sippe und Familie keine Unterstützung in Anspruch genommen werden kann, bedeutet das bitterste Armut und Hunger.

Am Schluss dieses ernüchternden weltwirtschaftlichen Exkurses unter dem Zeichen des Konjunkturverlaufs richten wir unser Augenmerk noch auf die *Schweiz*. Hier reihen sich die relevanten statistischen Grössen in der Berichtsperiode keineswegs günstiger in das Gesamtbild ein. Wenn in der Gegenwart in der Schweiz überhaupt noch ein Wirtschaftswachstum nachgewiesen werden kann, so liegt dieses im besten Fall gerade noch bei

knapp 1%! Die für 1996 erhoffte Zunahme auf 1,5% erscheint mittlerweile als zu hoch gegriffen. Der einzige, immerhin noch tröstliche Wachstumsimpuls liegt – trotz dem Handicap des nach wie vor stark überhöhten Schweizer Frankens – in der Aussenwirtschaft. Das *Exportgeschäft* lässt generell nicht zu wünschen übrig und dürfte 1996 mit einer Zunahme um 4% wiederum recht gute Figur machen; allerdings stehen nicht alle Branchen in einem günstigen Wind. Es darf hier aber jedenfalls sowohl in der Handels- als auch in der Zahlungsbilanz mit schwarzen Zahlen gerechnet werden. Positiv zu werten ist auch die beispielhaft niedrige *Inflationsrate*; sie verharrt auf dem vergleichsweise vernachlässigenswerten Niveau von bloss etwa 1%. Auch das *Zinsniveau* ist stark zurückgekommen. Allerdings hinkt die Reduktion der Hypothekarzinsen immer noch stark hintennach, und die Mietpreise ermässigen sich als Folge nur zögernd. Andererseits ist der markante *Preiszerfall auf dem Liegenschaftenmarkt*, der gegenüber dem vormaligen Preisstand im Durchschnitt etwa 30% ausmacht, belastend. Es sind dadurch in nicht wenigen Fällen untragbare Verluste entstanden.

Die *Arbeitslosigkeit* ist im internationalen Vergleich mit 4,5% nicht alarmierend, aber für die Schweiz ganz ungewohnt. Sie ist um so problematischer, als nicht damit gerechnet werden kann, dass ein allfällig starker Konjunkturaufschwung sie wieder vollständig zum Verschwinden bringen wird. Die Experten sind sich einig, dass der Verlust einer so grossen Zahl von Arbeitsplätzen nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, und ein

Sockel von 1–2% Arbeitslosen wird auch in besseren Zeiten bestehen bleiben; für viele in der Rezession wegrationalisiert Arbeitskräfte besteht kein Bedarf mehr! Das Ansteigen der Ausstattungsinvestitionen in der Industrie deutet doch noch auf einen gewissen Optimismus bei der Unternehmerschaft hin, der aber von der Bevölkerung insgesamt nicht geteilt wird. Symptomatisch ist, dass der private Konsum darniederliegt; die zögernde Ausgabenbereitschaft bei den Konsumenten dürfte darauf zurückzuführen sein, dass eben unterschwellig eine stark verbreitete Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes vorhanden ist und jene Ausgaben möglichst unterlassen werden, welche nicht lebensnotwendig sind! Auch haben massive Erhöhungen der Versicherungsprämien und Krankenkassenbeiträge im laufenden Jahr die verfügbaren Einkommen deutlich vermindert, und Realloohnerhöhungen, ja selbst ein auch nur adäquater Teuerungs- ausgleich werden nicht mehr als Selbstverständlichkeit betrachtet. Im Berichtsjahr hat



Jean-Pascal Delamuraz
Bundespräsident für das Jahr 1996 (zusammen mit seiner Gattin bei der Gratulationsrunde nach der Wahl).
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

sich in der Schweiz der beklemmende Eindruck verbreitet, dass die vormals goldenen Jahre auf der Einbahnstrasse zu einem immer höheren Sozialprodukt und Wohlstand für alle vorbei seien und fortan fühlbare Verzichte in Kauf genommen werden müssen. Nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der sozialpolitischen Vergünstigungen und Leistungen, die bis jetzt als gesicherte Errungenschaft betrachtet worden sind, hat die fraglose Zuversicht angesichts gefährdeter Finanzierungsgrundlagen einer *allgemeinen Verunsicherung* Platz gemacht.

Wenden wir uns nun den wichtigeren Ereignissen und Entwicklungen auf der politischen Weltbühne zu: Den als einzige Supermacht übrig gebliebenen *Vereinigten Staaten* kommt heute logischerweise eine überragende weltpolitische Bedeutung zu. Der Wegfall der vormalig im Vordergrund stehenden Bipolarität im ideologisch aufgeheizten Ost-West-Konflikt hätte erwarten lassen können, dass der Aufstieg der USA zu einer Monopolstellung als Weltmacht die Entstehung einer neuen, von Amerika und seinen Verbündeten allein bestimmten Weltordnung bewirken werde. An der Absicht dies zu tun, mangelte es anfänglich unter Reagan und Bush nicht. Aber es fehlte in den USA am festen Willen, die Gunst der historischen Stunde für eine in diesem Sinne weltweit konsequente Machtpolitik zu nutzen.

Die etwas vorschnell angekündigte «neue Weltordnung» blieb nach dem militärischen Kraftakt des «Wüstensturms» in Irak alsbald stecken, weil innenpolitische Probleme und Ziele in Amerika wieder den Vorrang erhielten. Nicht einmal unter dem unverfänglichen, internationalen Friedensprogramm der UNO war die amerikanische Öffentlichkeit zu bewegen, der eigenen Regierung die Rolle des wenn nötig jederzeit und überall auf der Welt zum Einsatz bereiten «Weltpolizisten» ins Pflichtenheft zu schreiben. Die aussenpolitischen Interessen der USA sind dennoch natürlich nicht gering geschätzt worden. Im Gegenteil, nachdem die innenpolitischen Wahlversprechen von Clinton realiter weitgehend auf der Strecke geblieben sind und der von den Republikanern dominierte Kongress dessen Manöverraum spürbar eingeschränkt hat, sah dieser sich entgegen seiner persönlichen Neigung geradezu in die Aussenpolitik abgedrängt. Die Akzente wurden nur leicht verschoben; die pazifische Ausrichtung machte weitere Fortschritte: Gegenüber *Japan* wurde eine mehr auf echter Partnerschaft fussende, kooperative Haltung eingenommen, und *China* gegenüber wurden die Gegensätze mit ungewöhnlicher Langmut möglichst heruntergespielt. Selbst ein Nachgeben Pekings in der brisanten Frage der Respektierung der Menschenrechte im Innern Chinas wurde nicht ultimativ gefordert. Auch die Warnungen an China, gegen Taiwan militärisch nichts zu unternehmen, hielten sich in Grenzen. Allerdings hat

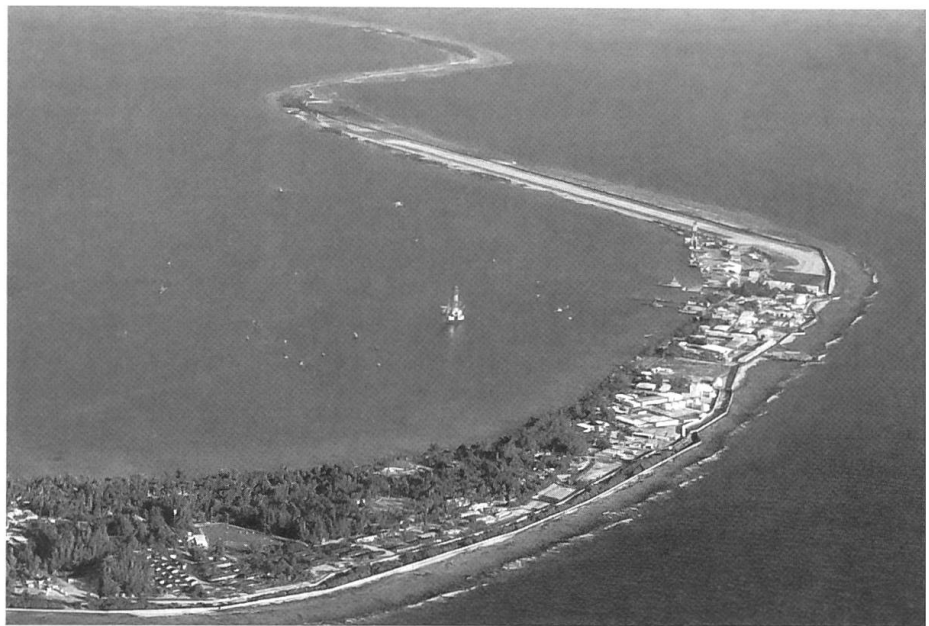
dann die systematische Missachtung des geistigen Eigentums durch chinesische Produzenten von Videofilmen und Compact Discs bei für Amerika bestimmten, billigen Imitationen die amerikanische Geduld zum Platzen gebracht. Als harte Sanktion sind Mitte Mai 1996 Strafzölle von 100% auf einer grossen Zahl von chinesischen Exportprodukten angekündigt worden. Es handelt sich notabene um die schärfsten Handelssanktionen, die ausländischen Konsumgütern von den Vereinigten Staaten je auferlegt worden sind! Das hat unverzüglich auf chinesischer Seite nicht minder harte Gegenmassnahmen ausgelöst, so dass jetzt ein lange vermiedener Handelskrieg zwischen China und den USA damit nun doch Wirklichkeit geworden sein könnte. Nicht wenig erstaunt, dass die Vereinigten Staaten es vorher fast reaktionslos hingenommen hatten, dass China unentwegt an Pakistan Nukleartechnologie geliefert hat, während jetzt wegen der Nichteinhaltung einer Vereinbarung über den Schutz des geistigen Eigentums plötzlich so grobes Geschütz aufgefahren wird; allerdings hat die chinesische Piraterie im Bereich des Handels mit Videokassetten usw. inzwischen ein gigantisches Volumen von 3 Mrd. Dollar erreicht!

Im vergangenen Jahr sehr aktiv und hartnäckig war die amerikanische Vermittlungstätigkeit im *Nahen Osten*. Die Beziehungen zwischen Arafats PLO und Israel haben, unablässigen terroristischen Störmanövern der militanten Kampforganisation Hamas und der von Iran unterstützten Hizbollah zum Trotz, einige bemerkenswerte Früchte gezeitigt. Bisher nicht gelungen ist jedoch die Einbindung Syriens in den von der amerikanischen Diplomatie nachhaltig geförderten Friedensprozess. Der islamische Fundamentalismus ist und bleibt eine Knacknuss, selbst wenn sich die Anzeichen mehren, dass auf arabischer Seite die Bereitschaft wächst, die Existenz des Staates Israel auf palästinensischem Territorium endlich zu anerkennen. Da aber die USA nach wie vor Israel als in hohem Masse auch militärisch bedroht erachten, wurden diesem neuerdings ultramoderne Rüstungsgüter versprochen und geliefert, darunter auch Laser-Waffen.

Ein Markstein amerikanischer Aussenhandelspolitik ist die Gründung einer neuen Freihandels-

zone in Nordamerika, welche vorerst die USA, Kanada und Mexiko umfasst, die sog. *NAFTA*. Obwohl mit dieser Blockbildung wohl in zunehmendem Mass eine handelspolitische Abschottung auch gegenüber der EU verbunden sein dürfte, sind die USA noch immer an einer engen transatlantischen Verbindung mit Europa interessiert. Diese Kontinuität präsentiert sich indes mehr im Rahmen der gemeinsamen militärischen Verteidigung in der NATO, welche paradoxerweise seit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung an aktueller Bedeutung viel eingebüsst hat. Sollen der NATO im europäischen Umfeld nun neue und andersartige Aufgaben überbunden werden? Das scheint in der Tat nach dem von den Amerikanern gesponserten und inszenierten *Dayton-Abkommen* hinsichtlich einer *Befriedung in Bosnien* unter Einsatz einer der NATO unterstellten Interventionstruppe von 60 000 Mann (Ifor) der Fall zu sein. Offenbar kann hier mit einer entscheidenden Unterstützung durch die USA, wenn auch beschränkt und bedingt, für eine solche neue Funktion der NATO in Europa gerechnet werden! Allerdings ist auch deutlich geworden, dass amerikanischerseits sorgsam darauf geachtet wird, sich im Rahmen der NATO nicht in eine neue, harte Konfrontation mit Russland hineinmanövrieren zu lassen.

Grosse Sorgen bereitet der zunehmend aus dem Gleichgewicht geratene amerikanische *Finanzetat*. Für das jeweils am 1. Oktober beginnende neue Fiskaljahr kam ein rechtzeitig bereinigtes und sanktioniertes Budget 1996 nicht zustande. Seit Beginn der Amtszeit von Clinton konnte das Budgetdefizit effektiv stark reduziert werden; aber längerfristig sind die Finanzprobleme noch keineswegs gelöst. Das Defizit beträgt gegenwärtig



Weltweite Empörungswelle gegen Frankreich
Trotz allen Protesten werden auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik mehrere Atombombenversuche gezündet.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

ungefähr halb so viel wie nach den letzten Präsidentschaftswahlen. Clinton und die Opposition wollen zwar übereinstimmend die noch klaffende Lücke im Verlauf von sieben Jahren stopfen; aber darüber, wie so grosse Einsparungen gemacht werden sollen, herrscht keine Einigkeit. Das Nichtzustandekommen eines regulären Budgets für 1996 führte vor Jahresende zu einer spektakulären Handlungsunfähigkeit der Bundesverwaltung: mangels liquider Geldmittel mussten Hunderttausende von Staatsangestellten in Zwangsurlaub geschickt werden! Diese in der Geschichte der USA einzigartige Scharade im Machtspiel zwischen Präsident und Kongress konnte erst sieben Monate später durch einen temporären Kompromiss beigelegt werden. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten sind jedoch nicht aus der Welt geschafft. Es scheint, dass die durch diese peinlichen Vorkommnisse aufgeschreckte Öffentlichkeit die Opposition der Republikaner unter dem Vorsitzenden des Kongresses, Newt Gingrich, für das Gerangel verantwortlich macht und Clintons Popularität darunter nicht gelitten hat. Das kann im Blick auf die im Herbst dieses Jahres bevorstehenden *Präsidentschaftswahlen* von

etwelcher Bedeutung sein und Clintons Wiederwahl begünstigen.

* * *

Für die künftige Konstellation der Machtverhältnisse auf der Weltbühne von grosser Bedeutung ist die weitere Entwicklung in dem vormalig von der Sowjetunion beherrschten Raum Europas und mithin das Verhalten Russlands. Es war sicher falsch, das nach dem Kollaps des sowjetischen Imperiums auf sich selbst zurückgedrängte *Russland* fortan im internationalen Konzert der Mächte als *quantité négligeable* zu betrachten. Das russische Kerngebiet der ehemaligen Sowjetunion erstreckt sich nach wie vor über eine riesige Fläche diesseits und jenseits des Ural und steht auch hinsichtlich der Bevölkerungszahl in den obersten Rängen. Auch wenn die Randgebiete in Europa sich zu souveränen Nationalstaaten gewandelt haben, ist die Russische Föderation, an welche alle diese neu oder wieder auferstandenen Staaten angrenzen, gerade auch für diese von grosser aktueller und potentieller Bedeutung geblieben.



Streikwelle in Frankreich

Nach zwei Wochen Streiks, die teilweise das öffentliche Leben in Frankreich lahmlegen, muss die Regierung unter Premierminister Juppé nachgeben und über die geplanten Sozialreformen neu verhandeln.

Die am Ende der Ära Gorbatschow auf Initiative von Boris Jelzin mit einigen vormaligen Unionsrepubliken ins Leben gerufene *GUS* (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) hat damals eine vollständige Durchtrennung der Nabelschnur mit Moskau verhindert. Im Fall von *Weissrussland* hat sich im Berichtsjahr nun gezeigt, dass auf Grund einer Eingliederung durchaus mit einem neuartigen Nachfolgegebilde der Sowjetunion zu rechnen ist. Wegen der in Russland noch immer nicht überwundenen, enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Gefolge der Umstrukturierung und tiefgreifenden Reformen ist aber die insbesondere von Weissrussland gewünschte «Rückkehr» von Jelzin selber eher abgebremst worden; aber es ist unverkennbar, dass das Bewusstsein des Verlustes der vormaligen Grösse und Grossmachtstellung in Teilen der russischen Bevölkerung sowohl in konservativ-nationalistischen Kreisen wie auch bei der alten Garde der Kommunisten einer sowjetischen Renaissance mit wieder expansiver Politik mittlerweile stark entgegenkommt.

In diesem Kontext ist es bezeichnend, dass das am 17. Dezember neu gewählte russische Parlament (Duma), in welchem die Kommunisten die Reformer überflügelt haben, sogar noch einen Schritt weiter gegangen ist. Tatsächlich hat die Duma den formellen Beschluss gefasst, die seinerzeitige Auflösung der Sowjetunion sei illegal und somit nichtig gewesen! De facto bleibt dieser Beschluss folgenlos auf dem Papier, solange Präsident Jelzin mit seinen ausgedehnten verfassungsmässigen Kompetenzen dem Willen des Parlaments Paroli zu bieten vermag. Aber die Stellung Jelzins ist aus zwei Gründen inzwischen nicht mehr so stark wie

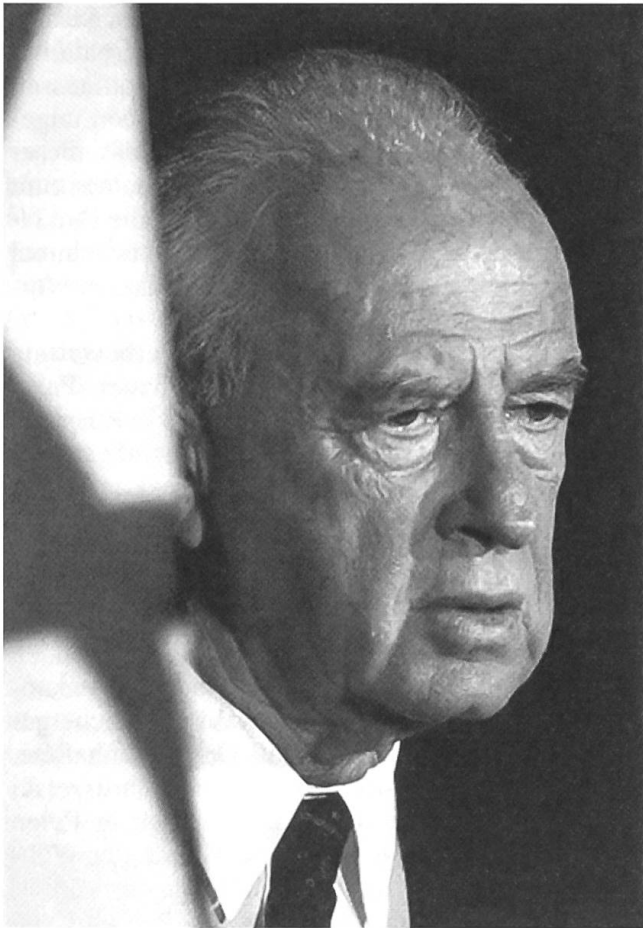
zuvor: einerseits ist er von Trunksucht gezeichnet und herzkrank, was ihn schon zu zweien Malen ans Spitalbett gefesselt hat; andererseits stehen am 16. Juni die ordentlichen Präsidentschaftswahlen bevor, die zu seiner Ersetzung an der Spitze des Staates führen können. Jelzin hat nicht ohne Grund sich von exponierten Reformern wie Gaidar und Chubai in seiner Regierung getrennt, wobei der letztere der eigentliche Promotor erfolgreicher Stabilisierungsbemühungen gewesen war. Auch die Ersetzung von Aussenminister Kosyrew durch Primakow ist als taktisches Lavieren um Wählergunst zu betrachten. Jelzins Popularität ist stark zurückgegangen, weil die von ihm eingeleiteten Reformen die Erwartungen auf rasche Besserung der Lebensverhältnisse bisher nur sehr zum Teil erfüllt haben; und andererseits haben ihm die brutalen Auswüchse des Tschetschenien-Konflikts persönlich stark geschadet. Sollte etwa in den Wahlen vom 16. Juni sein aussichtsreichster Rivale, der Führer der Kommunistischen Partei, Sjuganow, oder ein radikaler Nationalist wie Schirinowski, auf der Welle von Unzufriedenheit und Nostalgie sich im Kreml etablieren, so ist die weitere Entwicklung völlig unabsehbar.

Im Innern ist unter Jelzin den Autonomiebestrebungen einiger Gliedstaaten der Russischen Föderation mit unüblichem Entgegenkommen begegnet worden, so gegenüber der *Tatarischen Republik* an der Wolga. Anders aber gegenüber *Tschetschenien*. Die Maximalforderung nach totaler Unabhängigkeit und Souveränität, wie sie unter dem im April gefallenen Tschetschenenführer Dudajew konzeptionslos gefordert worden ist, soll im Hinblick auf allfällig gleiche Aspirationen anderer föderierter Gliedstaaten offenbar von der Zentrale in Moskau unter keinen Umständen honoriert werden. Diese grundsätzliche Weigerung gibt freilich Russland keine moralische Rechtfertigung für so übertriebene und grausame militärische Aktionen, wie sie in Tschetschenien durchexerziert wurden, wobei Städte und Dörfer sinnlos in Ruinen gelegt und Tausende von Zivilpersonen getötet worden sind. Die Unzulänglichkeit des heutigen Völkerrechts hat sich auch hier wieder einmal in schrecklicher Weise der Welt vordemonstriert. Auch exzessive Gewalthandlungen dieser Art, weil es sich aus-

schliesslich um innere Angelegenheit eines Staates handle, böten eben keinen Anlass zu internationalen Sanktionen und sollen demgemäss von aussen nicht gehindert werden können und bleiben ungeahndet! Es entbehrt nicht der Ironie, dass dieser flagranten Verletzung der Menschenrechte zum Trotz Russland weder in der UNO auf die Anklagebank gesetzt noch in Strassburg vorerst einmal im Vorzimmer des Europarats sitzengelassen worden ist.

Ohne dass dadurch eine sichtbare Verbesserung des seit der Auflösung des Warschauer Pakts reserviert gewordenen Verhältnisses zu Russland festzustellen wäre, haben die in *Polen* abgehaltenen Präsidentschaftswahlen in diesem Land doch eine Veränderung des innenpolitischen Klimas zur Folge gehabt. Lech Walesa, der zum Staatspräsidenten gewählte ehemalige Elektriker aus der Danziger Werft, der an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc zum Nationalhelden aufgestiegen war, wurde durch seinen Gegenkandidaten Aleksander Kwasniewski deutlich geschlagen, obwohl diesem das Odium anhaftete, unter dem kommunistischen Staatschef Jaruzelski Minister gewesen zu sein. Dass es sich in Polen wie anderswo im Osten um eine Wende der Wählergunst zugunsten von Repräsentanten des vormaligen kommunistischen Regimes handle, wird von guten Kennern der Stimmung in diesem seit 1939 so schwer geprüften Land verneint. Vielmehr schien Walesa den Anforderungen des hohen Amtes wegen unbesonnener Handlungen und übertriebener persönlicher Eitelkeit ganz einfach nicht gewachsen zu sein. Kwasniewski bemüht sich übrigens bezeichnenderweise, seine frühere Rolle herunterzuspielen und die Zuwendung Polens zum Westen zu bekräftigen.

In mehreren Ländern kam es in den letzten zwölf Monaten zu Parlamentswahlen, welche die innenpolitische Szene verändert haben. Am 3. März erfolgte so in *Spanien* ein sich schon seit längerer Zeit ankündigender Machtwechsel. Die Sozialisten (PSOE) unter Felipe Gonzalez wurden von den Konservativen (PP) abgelöst. Spanien ist von der Rezession stark in Mitleidenschaft gezogen worden. 1994 gab es bis zu 3¹/₂ Mio. Arbeitslose (24%), ein Rekord in Europa. Dazu kamen einige beschämende Affären, nicht zuletzt im



Israels Premierminister ermordet

Nach einer grossen Friedensdemonstration stirbt Premierminister Yitzhak Rabin durch die Kugeln eines jüdischen Extremisten. Sein Nachfolger wird der bisherige Aussenminister Shimon Perez.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

Zusammenhang mit polizeilichen Massnahmen gegen die baskischen Terroristen (ETA). Alles das hat das Ansehen der Regierung Gonzalez unterhöhlt, so dass ein Sieg der Konservativen unter José Maria Aznar allgemein erwartet wurde. Dieser fiel aber überraschend knapp aus, indem die Konservativen sich die absolute Mehrheit nicht sichern konnten. Aznar ist somit auf die Unterstützung von den regionalistischen Parteien in Katalonien bzw. im Baskenland angewiesen, um regieren zu können. Erst am 4. Mai konnte König Juan Carlos die Investitur der ersten konservativen Regierung seit der Franco-Ära vornehmen. Diese steht, wie andere Regierungen in EU-Län-

dern, vor der schwierigen Aufgabe, die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen des Landes für die geplante Währungsunion zu schaffen. Als erstes sollen in diesem Jahr die Staatsausgaben um 250 Mrd. Pesetas (2,5 Mrd. Fr.) gekürzt werden.

Auch *Italien* erlebte einen dramatischen Wahlgang. Die von Präsident Scalfaro eingesetzte «Regierung der Experten» unter Lamberto Dini war nur als ein Übergang in geordneten Verhältnissen bis zu den für den Herbst 1996 vorgesehenen nächsten Parlamentswahlen gedacht. Dini vermochte sich in einem kritischen Balanceakt bis ins Frühjahr 1996 gegen die ungeduldig an die Macht drängenden politischen Parteien zu halten, musste dann aber das Handtuch werfen. Hierauf schrieb Präsident Scalfaro auf den 22. April Neuwahlen aus, in denen es zu einer Gegenüberstellung von zwei ganz heterogen zusammengesetzten gegnerischen Parteiblöcken kam. Einer Koalition auf der Rechten unter dem Führer der «Forza Italia», Unternehmer und zeitweiligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, mit Einschluss von Liberalen, dem rechten Flügel der ehemaligen Democrazia cristiana sowie der Neofaschisten mit dem Sammelnamen «Polo per la Libertà» stand ein aus sieben Parteiformationen zusammengesetzter Mitte-Links-Block unter dem Namen «Olivenbaum» gegenüber. Angeführt von dem Bologneser Volkswirtschafts-Professor Romano Prodi verbanden sich hier marxistische Kommunisten, Sozialisten jeder Nüance, Mittelständler sowie Grüne und verschiedene demokratische Splittergruppen. Die «Lega Nord» unter Umberto Bossi, die aus Italien eine Föderation von Regionen zu machen trachtete oder sogar eine völlige Loslösung Norditaliens (als eigener Staat Padanien) anstrebt, schloss sich keinem der beiden Blöcke an.

Das Resultat der Wahlen war ein Sieg der «Oliven». Der neue Ministerpräsident Prodi, dem sich auch dessen Vorgänger Dini als neuer Aussenminister angeschlossen hat, muss die jetzt zum erstenmal an der Regierung von Italien beteiligten Kommunisten am Zügel kurz halten und alle sozialistischen Utopien zurückbinden, wenn er jene dringend nötigen Reformen nun verwirklichen will, welche bisher unter dem Regime der Zweiten Republik aufgeschoben oder verhindert worden

waren. Unter diesen Auspizien erklärt sich die überraschend positive Reaktion der italienischen Börse auf den Triumph des «oliven Links-Blocks», welche plötzlich eine Hausse vollführte und der im Vorjahr stark entwerteten Lira Auftrieb bescherte.

Wahlen wurden am 17. Dezember auch in *Österreich* abgehalten. In diesen gingen die Sozialisten (SPÖ) unter Bundeskanzler Vranitzky als klare Sieger über die ÖVP hervor, welche die Koalition mit der SPÖ vorschnell aufgekündigt hatte. Zum erstenmal seit vielen Jahren hatte die dritte Kraft, die FPÖ unter Jörg Haider, keine Stimmengewinne mehr zu verzeichnen. Eine Woche später, am 24. Dezember, war auch in der *Türkei* Wahltag. Hier war es die islamistische Wohlfahrtspartei, die am meisten Stimmen machte, knapp gefolgt von den Konservativen und der «Partei des Rechten Weges» mit Ministerpräsidentin Tansu Ciller. Da die Islamisten die absolute Mehrheit nicht erreichten, bildeten die beiden in den Wahlen nachrangigen Parteien die neue Regierung. Am anderen Rand des südlichen Europa, in *Portugal*, haben Wahlen ebenfalls die Szene verändert: Dort siegten am 2. Oktober die Sozialisten, so dass sie nach zehn Jahren in der Opposition nun die Regierung stellen. Neuer Ministerpräsident ist Antonio Guterrez.

Schliesslich sind bedeutsame Wahlen in *Indien* zu melden, welche im Mai 1996 stattgefunden haben. Mit diesen Wahlen ging die Herrschaft der Kongress-Partei von Nehru und Indira Gandhi, welche die Geschicke Indiens seit dessen Unabhängigkeit bestimmt hatte, zu Ende. Die Kongress-Partei unter Ministerpräsident Narasimha Rao unterlag der erst 1981 entstandenen

Nationalistenpartei der Hindus, Bharatiya Janata (BJP). Diese hat aber ihrerseits nur 160 von 537 Sitzen errungen und ist somit ohne Unterstützung anderer Parteien nicht regierungsfähig; sie hätte mit ihrem Führer Vajpayee den neuen Ministerpräsidenten stellen sollen. Die siegreiche hinduistische BJP hat sich in der Vergangenheit durch religiöse Intoleranz hervorgetan und scheiterte daran, dass ihr das Parlament das Vertrauen verweigerte. An der Spitze einer Koalition ist ein anderer Politiker, Deve Gowda, an der Spitze einer Allianz von 13 Parteien neuer Ministerpräsident geworden.

Vor Jahresfrist ist in *Frankreich* der Gaullist Jacques Chirac für eine Amtszeit von sieben Jahren als Nachfolger von François Mitterrand zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Mitterrand ist am 8. Januar der heimtückischen Krankheit, welcher er mit beispielloser Tapferkeit getrotzt hatte, erlegen. Das erste Jahr der Präsidentschaft erwies sich für Chirac als ungemein schwierig. Er hatte im Wahlkampf grosse Erwar-



Grausamer Krieg in Tschetschenien
Russisches Panzerfahrzeug in den Ruinen der tschetschenischen Hauptstadt Grozny. Trotz Protesten aus aller Welt gelang es dem russischen Präsidenten Jelzin und seiner Regierung bisher noch nicht, den Konflikt mit der abtrünnigen ehemaligen Sowjetrepublik zu beenden.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

tungen erweckt, die unmöglich auf Anhieb erfüllt werden konnten. Seine Versprechungen waren zum Teil widersprüchlich im Ansatz, zum Teil wegen der widrigen Wirtschaftslage und der sich türmenden Defizite in Staatshaushalt und Sozialversicherung unerfüllbar.

Dazu kam der bruske Regierungsstil des neuen Präsidenten, der als Schock wirkte. Im Herbst setzte der von Chirac berufene Premierminister Alain Juppé eine unerwartet harte Sparpolitik mit neuen fiskalischen Belastungen und Veränderungen des Rentensystems in Szene. Weil zur gleichen Zeit die Arbeitslosigkeit die Grenze zu drei Millionen überschritt und die Kaufkraft der privaten Haushalte sank, statt wie versprochen zu steigen, kam es zu einer Vertrauenskrise in der Öffentlichkeit. Die Eisenbahner und andere Staatsbeamte lösten im November einen Streik aus, der schliesslich wochenlang das Wirtschaftsleben weitgehend lahmlegte. Die Sympathie der Bevölkerung galt trotz der mit dem Streik verbundenen Unannehmlichkeiten im Alltag mehrheitlich den Streikenden und nicht der Regierung. Der Arbeitskonflikt nahm schliesslich dank einem teilweisen Nachgeben der Regierung Juppé ein spätes Ende.

Am 22. Februar kündigte Chirac überraschend den Übergang von der bisherigen Miliz- zu einer Berufsarmee an. In der Aussenpolitik hatte Chirac intern keine so grossen Einbussen seines Images in Kauf zu nehmen. Aber psychologisch sehr ungeschickt war seine Ankündigung einer Serie von unterirdischen Atomexplosionen zu Testzwecken in Mururoa (Französisch-Polynesien), die ausgerechnet mit dem Jahrestag der ersten Atombombe in Hiroshima zusammenfiel. Die internationale Reaktion war dementsprechend, wobei in einigen Ländern sogar ein Boykott französischer Waren erwogen worden ist. Chirac reduzierte die ursprünglich vorgesehene Zahl von Testexplosionen und kündigte an, es handle sich um die «definitiv letzte Versuchsreihe Frankreichs». In anderen aussenpolitischen Angelegenheiten hatte Chirac eine glücklichere Hand: So blieben die so wichtigen Beziehungen zu Deutschland unter ihm ausgezeichnet. Und die gemeinsame Europapolitik wurde unbeschadet fortgesetzt. Unter Chirac findet auch eine Wiederannäherung Frankreichs an die NATO statt, aus deren militärischen Struk-

turen es sich seinerzeit weitgehend herausgelöst hatte.

Auch in *Deutschland* rumort es um den Arbeitsfrieden. Vor allem die Millionen von Mitgliedern zählende IG Metall zeigt Streikbereitschaft. Die Arbeitskosten insgesamt sind in Deutschland heute die höchsten der Welt, was diesen Produktionsstandort immer unattraktiver macht. Dennoch werden ständig höhere Löhne und Sozialleistungen gefordert. Um die angespannte Finanzlage des Staates zu entlasten, sollen nun aber im Etat nicht weniger als 50 Mrd. DM eingespart werden, was ohne Redimensionierung von Sozialleistungen nicht möglich ist und wiederum gewerkschaftliche Protest mobilisiert. Die Bundesregierung befürchtet, dass Deutschland, mit Frankreich zusammen der harte Kern der EU, die Bedingungen für die Währungsunion gemäss dem Maastrichter Vertrag bis 1997 nicht erfüllen könnte.

Bundeskanzler Kohl, in seinem Amt unbestritten geblieben, vermochte die brüchige CDU/FDP-Koalition in Bonn dadurch zu stärken, dass der in mehreren Länderwahlen zuvor von argem Wählerschwund heimgesuchte Koalitionspartner FDP dank Sympathiestimmen aus dem Lager der CDU/CSU in den Länderwahlen vom 24. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vor dem politischen «Aus» gerettet werden konnte. Die oppositionelle SPD vollzog an ihrem Parteitag einen Führungswechsel; deren bisheriger Leader Rudolf Scharping wurde durch den Saarländer Oskar Lafontaine abgelöst. Die Grünen waren einmal mehr mit handgreiflichen Demonstrationen gegen die Nutzung der Kernkraft aktiv; Transporte von schwer radioaktiven Abfällen nach dem Endlager Gorleben wurden erheblich behindert.

Zum erstenmal seit Kriegsende stehen wieder deutsche Truppenteile im Ausland in aktivem Einsatz: Die Bundeswehr beteiligt sich nämlich mit einer nicht kombattanten Einheit an der Intervention der NATO in Bosnien. Am 5. Mai fand in Berlin und Brandenburg eine Volksbefragung über einen Zusammenschluss der beiden Bundesländer zu einem vereinigten, neuen Bundesland statt, was beträchtliche Einsparungen an administrativen Kosten zur Folge hätte. Aber das Vorhaben wurde,

vor allem im Bundesland Brandenburg, deutlich abgelehnt.

In Grossbritannien hat es John Major gerade geschafft, dass die Konservativen unter ihm auch im 17. Jahr ihrer Herrschaft noch an der Macht geblieben sind. Er ist als Leader der Tories in einem theatralischen Coup zurückgetreten, dann aber sofort in dieser Position wieder bestätigt worden. Seine Zeit als Premier scheint aber unvermeidlich auszulaufen, weil alle Nachwahlen für vakant gewordene Parlamentssitze zu einem steten Schwund der Tory-Mehrheit im Unterhaus führten. Diese ist nun auf das schicksalhafte Minimum einer einzigen Stimme reduziert. Die Tories sind wegen der uneinheitlichen Haltung in der Europa-Frage und insbesondere der Einführung der europäischen Einheitswährung hoffnungslos zerstritten. Hinzu kommt, dass die IRA wieder zu Terrorakten zurückgekehrt ist und der Konflikt um Nordirland entgegen allen Hoffnungen immer noch nicht zu einem versöhnlichen Ende gebracht werden konnte. Die Sympathie des Mittelstandes neigt neuerdings vermehrt der Labour-Opposition zu, welche unter der neuen Führung von Tony Blair ihren Tiefpunkt überwunden und an Glaubwürdigkeit als valable Regierungsalternative jetzt entscheidend gewonnen hat. Mit einem baldigen Machtwechsel in Westminster ist somit zu rechnen. Um weitere Budgeteinsparungen zu machen, hat die britische Regierung ihre Rheinarmee von ursprünglich 60 000 Mann auf jetzt nur noch deren 27 000 reduziert; andererseits aber beteiligt sich Grossbritannien an der militärischen Präsenz der NATO in Bosnien.

Auf den britischen Inseln konzentriert sich die Landwirtschaft stark auf die Viehzucht. Dieser Umstand ist der Grund, warum Grossbritannien



Flüchtlingsdramen in Bosnien

Vor einem improvisierten UN-Stützpunkt bei Tuzla warten bosnische Flüchtlinge auf medizinische Betreuung, überwacht von schwedischen UN-Blaumützen. Wird das inzwischen abgeschlossene Friedensabkommen wohl das Elend der Flüchtlingsströme im ehemaligen Jugoslawien beenden?

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

vom Ausbruch des Rinderwahnsinns, 1986 zunächst nur an wenigen Fällen diagnostiziert, ungleich mehr betroffen worden ist als andere europäische Länder. 1988 sind in Grossbritannien bereits 2000 Fälle registriert worden, 1989 deren 7000, 1991 noch dreimal mehr; der Höhepunkt wurde 1992/93 mit über 35 000 bzw. 37 000 diagnostizierten Vorkommen erreicht. Seither sind die Zahlen dort rückläufig, während sie allerdings in den traditionellen Exportländern Grossbritanniens für Rindvieh und Rindfleisch langsam noch immer ansteigen, was nachgewiesenermassen auf einschlägige britische Exporte zurückzuführen ist. Nachdem es zunächst so schien, dass der Rinderwahnsinn auf Menschen nicht ansteckend wirkt, hat sich im vergangenen Jahr der wissenschaftliche Verdacht erhärtet, dass dies auf Grund des Verzehrs von Fleisch erkrankter Kühe doch der Fall sein könnte. Die auf Grund dieser Annahme bei den Fleischkonsumenten panikartig um sich greifende Hysterie hat zunächst in England, dann aber auch in Frankreich und anderswo, zu einem rapiden Konsum- und Preiszusammenbruch von Rindfleisch geführt. Die britische Regierung sah sich zu rigorosen Interventionen mit Tausenden

von Notschlachtungen gezwungen, konnte aber nicht verhindern, dass seitens der EU-Länder ein generelles Importverbot gegen Schlachtvieh und Rindfleisch aus England erlassen wurde. Für die Viehzucht in Grossbritannien wirkt sich dies als eine existenzbedrohende Katastrophe aus. Diese hat auch Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen London und Brüssel.

In der Schweiz waren im Herbst 1995 wieder Nationalratswahlen fällig. Grosse Sieger dieser Wahlen waren die Sozialdemokraten; in einem Sprung haben sie ihren Wähleranteil von 18,5% auf 21,8% vermehrt und zwölf Mandate zugelegt. Die Freisinnigen, vordem stärkste im Parlament vertretene Partei, sind dadurch trotz einem neu hinzugewonnenen Mandat bei nunmehr 45 Sitzen von der SP überrundet worden. Die CVP musste auch diesmal wieder eine Einbusse erleben, indem sie von 36 auf 34 Sitze zurückfiel. Im Gegensatz dazu vermochte die SVP, die bisher als Juniorpartner im Bundesrat gegolten hatte, mit vier Sitzgewinnen und jetzt 29 Mandaten näher an die CVP heranzurücken. Der be-

merkenswerte Wahlerfolg der SVP scheint unter dem sichtbar stärker werdenden Einfluss ihres Zürcher Parteipräsidenten Blocher dem Zuzug einer grossen Zahl von konservativen Wählern zuzuschreiben zu sein; das bedeutet aber auch ein deutliches Abdriften der Partei von der bürgerlichen Mitte nach rechts aussen und führt parteiintern zu eine Zerreissprobe zwischen ihrem aktivistischen Zürcher und dem besonnenen Berner Parteiflügel.

Ein hervorstechendes Merkmal dieser Parlamentswahlen war, dass die kleinen und kleinsten Parteien, welche einem diffusen Protest huldigen oder sich auf wenige besondere politische Themen konzentrieren, in der Wählergunst zurückgefallen sind. Fast ausgelöscht worden ist die Vertretung des Landesrings in der Grossen Kammer, der nur noch im Zusammengang mit der EVP überhaupt eine Fraktion zu bilden in der Lage ist. Auch die altherwürdige Liberale Partei hat einen Aderlass erlebt, indem von ihren bisherigen 10 Mandaten deren drei verloren gingen. Auch den Grünen grünt keine Wählergunst mehr. Die ökologischen Befürchtungen stehen offensichtlich in Zeiten der wirtschaftlichen

Rezession auf der Liste der Prioritäten der Wählerschaft nicht mehr in den oberen Rängen; dazu kommt, dass die «grünen Postulate» mittlerweile von anderen Parteien ebenfalls adoptiert worden sind. Die im Wahlkampf akzentuierte Konfrontation zwischen SP und SVP insbesondere in der Europa-Frage sowie andere Polarisierungen bei kuranten politischen Themen lassen eine solche Schlussfolgerung als eher gewagt erscheinen. Die Erfahrung zeigt, dass bei fortschreitender Radikalisierung der Meinungen vernünftige Konsensfindung, wie sie in



Jetzt Frieden in Ex-Jugoslawien?

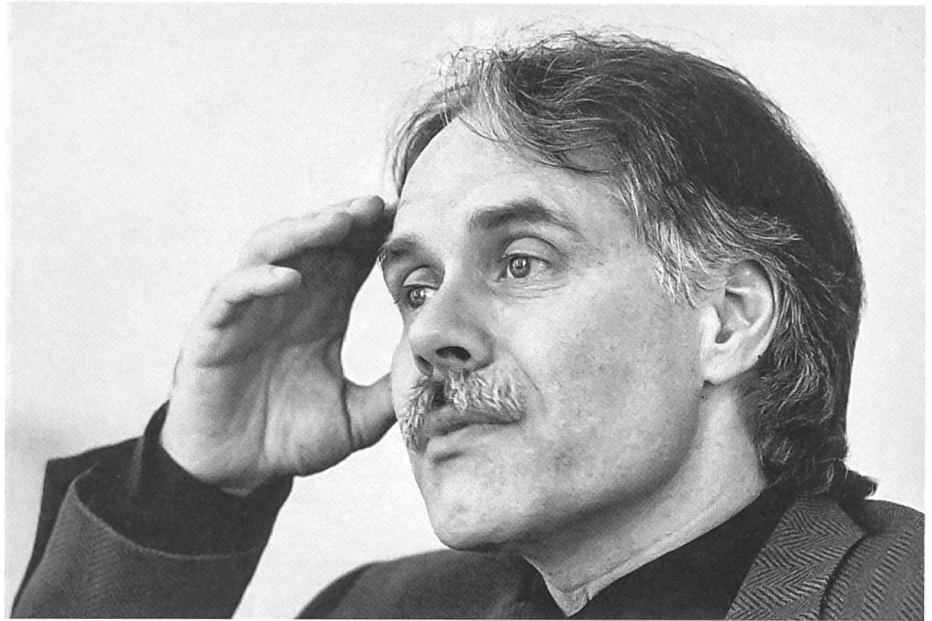
Nach dreiwöchigen Verhandlungen in Dayton (Ohio, USA) unterzeichnen die drei Präsidenten (von links) Milosevic (Serbien), Izetbegovic (Bosnien-Herzegowina) und Tudjman (Kroatien) das sogenannte Dayton-Abkommen. Die Durchsetzung dieser Friedensvereinbarungen ist allerdings zur Zeit alles andere als sicher.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

der schweizerischen Konkordanzdemokratie unverzichtbar ist, zusehends schwieriger wird.

Am 27. September musste eine Ersatzwahl in den Bundesrat vorgenommen werden, weil Bundesrat Otto Stich offenbar aus parteitaktischen Überlegungen auf Ende Oktober statt auf Ende Jahr seinen Rücktritt erklärt hatte. An valablen Kandidaten fehlte es der vorschlagsberechtigten SP nicht, wurden doch in ihrem Kreis nicht weniger als sechs Nominationen laut, darunter der Freiburger Ständerat Otto Piller und dessen ehemaliger Ratskollege und Baselbieter Regierungsrat Edi Belser, der Thurgauer Ständerat Thomas Onken und der Zürcher Justizdirektor Moritz Leuenberger. Die Fraktion der Sozialdemokraten sprach sich für einen Zweieuvorschlag aus, nämlich für Piller und Leuenberger. Eine Losung im bürgerlichen Lager, keinen der beiden zu wählen, ja sogar bei dieser Gelegenheit die Zauberformel der Konkordanzdemokratie zu sprengen und einen dritten FDP-Sitz in der Landesregierung zu beanspruchen, verlief freilich im Sand. Die inoffiziell zur Wahl vorgeschlagene Zürcher FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry (nachmals Ständerätin) fiel im Wahlprozedere bald aus dem Rennen. Im fünften Wahlgang schliesslich erreichte der gegenüber Piller favorisierte Leuenberger das absolute Mehr mit 124 Stimmen.

Es entbehrt nicht der Kuriosität, dass sich der neue Bundesrat schon am 13. Dezember wiederum der Vereinigten Bundesversammlung zur Wahl stellen musste. In der Wintersession waren nämlich wegen des Endes der Legislaturperiode die sieben Mitglieder des Bundesrats für die nächsten vier Jahre zu wählen. Es kam dabei zu



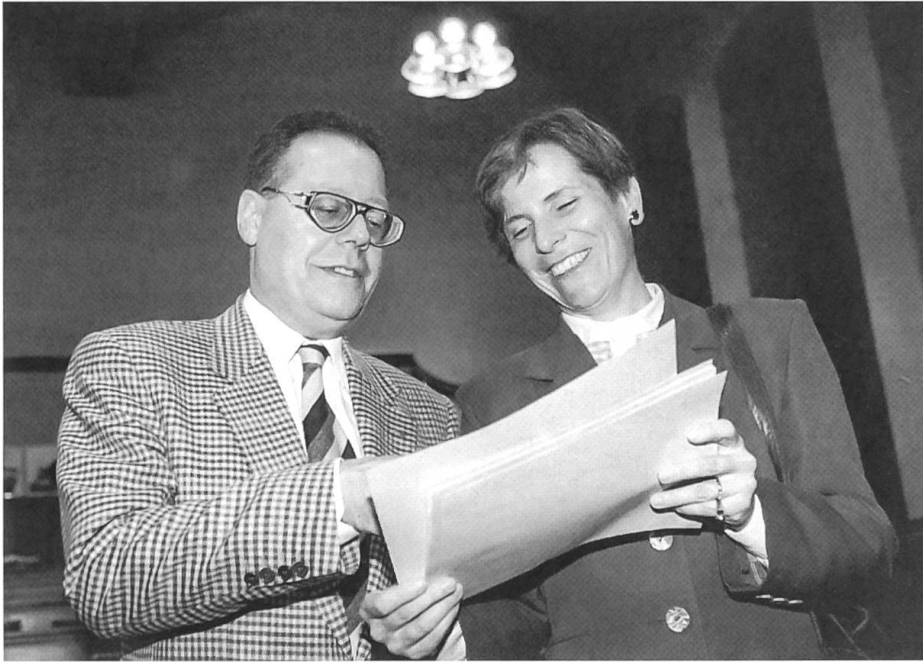
Neuer Bundesrat

Als Nachfolger von Otto Stich wird der Zürcher Regierungsrat Moritz Leuenberger (SP) in die Landesregierung gewählt. Er übernimmt das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement.

(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

keinen Überraschungen; aber es ist bemerkenswert, dass Bundesrat Delamuraz, dessen Verbleiben im Amt kurz zuvor aus gesundheitlichen Gründen fraglich geworden war, mit einem Glanzresultat von 193 Stimmen bestätigt und nachher zum Bundespräsidenten für 1996 gewählt worden ist. Im übrigen hat die Departementsverteilung eine Änderung erfahren: Bundesrat Villiger übernahm neu das vakante Finanzdepartement und Bundesrat Ogi das Militärdepartement. Bundesrat Leuenberger ist das EVED zugewiesen worden, in welchem die Dossiers Verkehr (mit NEAT und Bahn 2000) und Energie (mit den im Schwebezustand belassenen Fragen der Nukleartechnologie) zur Behandlung anstehen. Auf Villiger wartet die dornenvolle Aufgabe, die längst aus dem Ruder gelaufenen Bundesfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Mehr nur eine Routineangelegenheit war die Bestellung der neuen Ratspräsidenten für 1996 in der Dezembersession. Im Nationalrat wurde Jean-François Leuba (lib., Waadt), im Ständerat Otto Schoch (FDP, App.A.Rh.) zum neuen Prä-



Eidgenössische Wahlen 1995

Diese bringen Gewinne für die SP und die SVP zu Lasten von kleineren Parteien. Im Kanton Bern werden die bisherigen Ständeräte mit Glanzresultaten wiedergewählt: Frau Christine Beerli (FDP) und Professor Dr. Ulrich Zimmerli (SVP).
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

sidenten gewählt. Die Parteizugehörigkeit der Gewählten entspricht dem Turnus.

* * *

Im Berichtsjahr ist zu zweien Malen eine Volksinitiative vom Parlament ungültig erklärt worden. Dieses seltene Schicksal eines Volksbegehrens wurde am 20. Juni der Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» zuteil, weil das Erfordernis der «Einheit der Materie» nicht erfüllt war. Am 13. März erfolgte im Parlament abermals eine Ungültigkeitserklärung; es handelte sich diesmal um das Volksbegehren der Schweizer Demokraten (SD) «Für eine vernünftige Asylpolitik», weil deren Wortlaut im Widerspruch zum Völkerrecht stand, welchem der Vorrang vor nationalem Recht zukommen soll. In der Volksabstimmung vom 25. Juni verweigerte der Souverän mit einer Mehrheit von 53,3% die Revision der Lex Friedrich, welche eine Erleichterung des Grundstückserwerbs durch Ausländer gebracht hätte.

Hingegen erhielt die 10. AHV-Revision, deren Ausarbeitung 15 Jahre in Anspruch genommen hat, trotz heftigen Kontroversen um die veränderte Stellung der Frauen (Heraufsetzung des Rentenalters), die Zustimmung von 60,7% der Stimmenden, allerdings bei fünf verwerfenden Ständen. Im gleichen Urnengang wurde eine von der Linken eingereichte Initiative für einen Ausbau der AHV abgelehnt. Die Finanzierungsprobleme des grossen Sozialwerks sind allerdings noch nicht gelöst; sie sollen in der nächstfolgenden 11. AHV-Revision zum Hauptthema werden.

Am 10. März fand ein fünffacher eidgenössischer Urnengang statt. Mit 56% Nein-Stimmen lehnte der Souverän die Übertragung der bislang den kantonalen Zeughäusern verbliebenen Funktionen im Zusammenhang mit der persönlichen militärischen Ausrüstung an den Bund ab. Hingegen wurden zwei Vorlagen, welche den Bund von Beiträgen befreien sollten, angenommen, nämlich die Subventionspflicht des Bundes zugunsten von Bahnhofparkplätzen einerseits sowie die Übernahme-pflicht des Bundes für Branntwein- und Brennapparate andererseits. Deutlich angenommen wurde ein neuer Sprachenartikel der Bundesverfassung. Die Zustimmung des Souveräns zum Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat von Bern zum Kanton Jura erzielte das Rekordresultat von 91,6% Ja-Stimmen.

Eine erfreuliche Überraschung bereitete die Präsentation der Bundesrechnung für 1995. Diese schloss um 2,8 Mrd. besser ab als budgetiert, indem das Defizit statt 6,1 Mrd. «nur» 3,26 Mrd. betrug. Der Unternehmensgewinn der PTT

belief sich auf 219 Mio., wovon die Bundeskasse 190 Mio. für sich behändigte. Um so erschreckender ist aber die finanzielle Lage der Bundesbahnen. Diese haben zwar 4,3% mehr Personen befördert, aber einen um 163,9 Mio. weniger hohen Ertrag als im Vorjahr erwirtschaftet. Der Verlust der SBB für 1995 beziffert sich auf 495,7 Mio! Es zeigt sich einmal mehr, dass die Bahn im Güterverkehr gegenüber dem Strassentransport schlecht positioniert ist und immer grössere Verluste einfährt. Auf die Option einer Privatisierung will der Bundesrat nun verzichten; aber das Cargo-Domizil-Konzept, wie es hoffnungsvoll erst vor kurzem eingeführt worden ist, wird als definitiv gescheitert aufgegeben. Für die Finanzierung des permanent defizitären Bahnverkehrs soll jetzt noch vermehrt «Geld auf der Strasse gefunden werden». Diese Absicht stösst aber bei den mit einem fragwürdigen Kostenverursacherprinzip gegängelten Strassenbenützern auf entschlossenen Widerstand.

Über die bilateralen Verhandlungen mit der EU war zu erfahren, dass bis jetzt in den Dossiers Verkehr und Freizügigkeit um die immer gleichen Positionen mit kaum sichtbar gewordenem Erfolg gefeilscht worden ist. Unsere Verhandlungspartner in Brüssel bestehen darauf, dass nur ein kompaktes Gesamtpaket in Frage kommen könne, nicht aber herausgelöste Separatverträge über die weniger problematischen Dossiers. Es sind Anzeichen vorhanden, dass schweizerischerseits in der Frage der Zulassung von 40-Tonnen-Lastwagen auf schweizerischen Strassen immer weitergehende Konzessionen erwogen und auch vorgeschlagen werden; al-

lerdings wird das Alpengebiet als sakrosanktes Ausschlussgebiet für den Schwerlastverkehr betrachtet.

* * *

Im nicht politischen Bereich war das Jahr geprägt von einer Fusionswelle bei bedeutenden Unternehmen. Der schweizerische Gesetzgeber hat sich bisher jeder Intervention in den fortschreitenden Konzentrationsprozess in der Wirtschaft enthalten und sich erst beim neuen, demnächst in Kraft tretenden Kartellgesetz dazu durchgerungen, in dieser Beziehung einen ersten Schritt zu tun. Die vielen im Berichtsjahr rings im Lande geschehenen Unternehmenszusammenschlüsse oder Geschäftsübernahmen sind zum einen Teil eine direkte Folge der Rezession und unternehmerischen Strategien der Substanzerhaltung zuzurechnen, zum anderen Teil eine vorausschauende Operation im Hinblick auf die unaufhaltsame Globalisierung der Märkte bei zusehends härter werdendem internationalem Wettbewerb. Daneben glaubt man sich in vielen Fällen auch vorteilhafte Synergien mit grossen



Übergabe des Finanzdepartementes

Der zurückgetretene Bundesrat Otto Stich (SP) stellt seine engsten Mitarbeiter dem neuen Finanzminister, Bundesrat Kaspar Villiger (FDP), vor.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Aufwand- und Kosteneinsparungen in der Zukunft sichern zu können. Aus der langen Liste von Unternehmenszusammenschlüssen seien einige selektiv erwähnt: Im Juni 1995 erfolgte die Ankündigung, dass die Lenzburger Konservenfabrik Hero an das deutsche Unternehmen Schwartau verkauft worden ist. Im Bankenwesen erfolgte die Übernahme der Kantonalbank von Appenzell-Ausserrhoden durch die Bankgesellschaft (SBG), die an der Landsgemeinde dieses Kantons vom 28. April noch genehmigt werden musste, die Übernahme der Bank in Langenthal durch die gleiche Grossbank; sodann die Fusion der Luzerner Landbank mit der Volksbank Willisau, woraus die drittgrösste schweizerische Regionalbank entsteht. Bei den Versicherungen sei die Fusion der Artisana und der Helvetia-Krankenkasse mit 1,5 Mio. Versicherten aufgeführt. Erwähnenswert ist auch die Übernahme der Intershop durch BZ-Bank und Winterthur-Versicherung und die Bildung eines neuen Allfinanzblocks durch CS Holding und Winterthur, die Übernahme von Landis & Gyr durch Elektrowatt, die Übernahme der Amidro (Biel) durch Galenica. Nicht zuletzt ist auf den beabsichtigten Zusammenschluss der beiden tonangebenden Tageszeitungen im Kanton Aargau, das «Aargauer Tagblatt» und das «Badener Tagblatt», hinzuweisen; unter dem neuen Titel «Aargauer Zeitung» wird damit eine Auflage von 120 000 Exemplaren angestrebt.

Das allergrösste Aufsehen erregte freilich die Ankündigung der Geschäftsleitungen der beiden grossen Basler Chemieunternehmen Ciba-Geigy und Sandoz am 7. März, sich zu einer gigantischen neuen Unternehmung unter dem Namen Novartis zusammenschliessen zu wollen. Mit einem Umsatz von 26 Mrd. Franken wird daraus der zweitgrösste Pharma-Konzern der Welt kombiniert! An der Generalversammlung der beiden Unternehmen unterstützten die Aktionäre diesen Zusammenschluss mit einer massiven Mehrheit. Wie bei anderen Fusionen ist auch hier ein Personalabbau zu eskompieren; im konkreten Fall handelt es sich um einen Verlust von nicht weniger als 10 000 Stellen, davon 3000 in der Schweiz. Dazu sagte Ciba-Chef Alex Krauer in einem Interview: «Es müssen 10 000 Arbeits-

plätze geopfert werden, um 100 000 andere zu retten!»

Nicht alle Versuche von unternehmerischen Restrukturierungen dieser Art waren erfolgreich. Unvergessen bleiben dürfte die Attacke des Chefs der BZ-Bank, Ebner, auf die Bankgesellschaft, die an der Generalversammlung dieses Instituts vom 16. April an einem deutlichen Gegenmehr des Aktionariats scheiterte. Die von Ebner geforderte Konzentrierung des Geschäfts der SBG auf die Vermögensverwaltung wurde abgelehnt. Ein Kuriosum in diesem Zusammenhang war ein telefonisches Angebot des Chefs der CS Holding, Rainer Gut, an die SBG, mit dieser zu fusionieren. Das führte im Vorfeld der dramatischen Generalversammlung der SBG zu Konsternierung und Verunsicherung, hatte aber letztlich keinen Einfluss auf den Ausgang des hohen Wellen schlagenden Machtkampfs.

Auch in anderen Sparten sind bedeutsame Vorkommnisse zu signalisieren. Die Käse-Union hatte ein Defizit von ca. 365 Mio. auszuweisen, gegenüber 461 Mio. im Vorjahr; der Rückgang ist auf die vom Bundesrat verordnete Milchpreissenkung um 10 Rp./l vom 1. März zurückzuführen. Andererseits wartet die Zentralstelle für Butterversorgung Butyra mit einem um 67,4 Mio. höheren Fehlbetrag von 414,7 Mio. auf. Die Swissair steht in schweren finanziellen Turbulenzen, die ganz radikale Änderungen im Betrieb nötig machen. Im Hinblick auf die durch die Nichtteilnahme der Schweiz am EWR stark benachteiligte Position der Swissair am Markt ist mit der belgischen Sabena ein Kooperationsabkommen geschlossen worden, das eine Minderheitsbeteiligung der Swissair an dieser Gesellschaft von annähernd 50% beinhaltet und auch personelle Folgen hat. Grosses Aufsehen erregte die überraschende Ankündigung der Swissair vom 4. April, dass inskünftig alle ihre Langstreckenflüge von Kloten aus starten sollen und der Flughafen Genf-Cointrin, abgesehen von Flügen nach europäischen Destinationen, nur noch mit je einem Flug nach New York und Washington berücksichtigt werden wird. Dafür soll eine Shuttle-Verbindung zwischen Genf und Zürich eingerichtet werden, die als praktischer und billiger Zubringer für Genfer Passagiere zu

den Flugverbindungen ab und nach Kloten dienen soll. In der welschen Schweiz, vorab in der Region Genf, wurde diese Entscheidung als Affront und Degradierung von Genf als Sitz so vieler internationaler Organisationen und Konzerne empfunden. Die Empörung verebbte aber bald, als offiziell zugestanden wurde, dass es anderen Fluglinien unbenommen bleibt, ihrerseits in Genf Passagiere mit Langstreckenflügen direkt zu bedienen.

* * *

In der Angelegenheit der beiden in die Karibik entflohenen, straffälligen Konkursiten Rey und Krüger zeichnet sich jetzt endlich die Möglichkeit ab, dass sie doch in die Schweiz überführt und vom eigentlich zuständigen Gericht abgeurteilt werden können. Rey ist auf den Bahamas, Krüger samt Frau auf den Cayman-Inseln in Haft gesetzt worden; beidenorts haben die Gerichte zu entscheiden, ob den vom Bundesamt für Polizeiwesen gestellten Auslieferungsgesuchen stattgegeben werden kann, weil Tatbestände nach internationalem Recht erwiesen sind, die hier und dort gleicherweise als strafbare Delikte gelten. Im übrigen sind neuerdings Fälle von Beamtenbestechung hierzulande zu melden. So ist im Februar im EMD eine Affäre geplatzt in welche der inzwischen pensionierte Oberst Friedrich Nyffenegger, der mit der militärischen Feier zum 50. Jahrestag des Kriegsendes betraut gewesen war, verwickelt ist. Nach längerer Untersuchungshaft sieht er jetzt dem Urteil entgegen. Auch in der Käse-Union ist eine Korruptionsaffäre ruchbar geworden: ein früherer leitender Funktionär hat sich hin-



«Non à la bombe» auch in der Schweiz

Eine Grossdemonstration in Bern richtet sich gegen die französischen Nuklearversuche und ruft zum Boykott von aus Frankreich stammenden Produkten auf. (Foto: Keystone Press AG, Zürich)

terücks durch Entgegennahme von Schmiergeldern bereichert.

Auf der anderen Seite hat im März eine denkwürdige Rehabilitation stattgefunden: Der seinerzeitige Polizeikommandant von St. Gallen, Paul Grüniger, der 1940 wegen Verletzung der Amtspflicht verurteilt worden war, weil er entgegen der damals in Kraft stehenden Pflicht zur Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze eine grosse Anzahl von Juden aus Österreich, wo sie von der Einweisung in Konzentrationslager bedroht gewesen sind, in der Schweiz aufgenommen hat. Ein Urteil im Revisionsverfahren in St. Gallen hat Grüniger im November nun nachträglich freigesprochen und vollumfänglich rehabilitiert; sein damaliges Verhalten habe als Notstandshilfe zu gelten, hat er doch 1938/39 Tausenden von rassisch verfolgten und vom Tod bedrohten Menschen das Leben gerettet! Für Grüniger selbst kommt die Rehabilitierung freilich zu spät, weil er inzwischen verstorben ist.

Ebenfalls eine Geste der Wiedergutmachung ist es, dass die Bündner Gemeinde Surava dem ehemaligen Chefredaktor der Wochenzeitung «Die Nation», Peter Hirsch-Surava, der unter dem Pseudonym Surava in der Nazizeit unerschrocken vor der damals seitens des Deutschen Reichs drohenden Gefahren eindringlich gewarnt hatte, im Mai 1995 das Ehrenbürgerrecht verliehen hat. Der Journalist wurde damals wegen Missbrauchs des Namens dieser Gemeinde verurteilt, was ihn in seiner beruflichen Karriere schwer geschädigt und persönlich fast aus der Bahn geworfen hat. Es war ihm vergönnt, die späte Ehrung noch zu erleben.

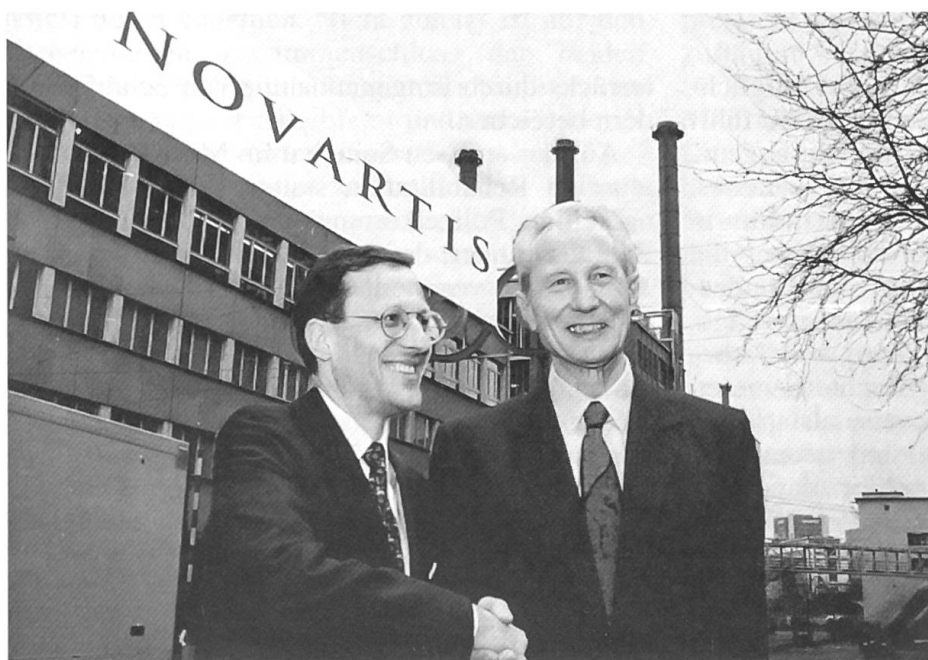
Im *Kanton Bern* besitzt die Sanierung der unerfreulichen Finanzlage nach wie vor erste Priorität. Obwohl das Ausgabenwachstum in der Staatsrechnung 1995 1,7% unter dem budgetierten Wert lag, betrug das Defizit noch volle 351 Mio. Franken. Ob noch eine zusätzliche Bela-

stung für Rückstellungen der Dezennium-Finanz-AG dazukommen wird, zeigt sich erst nach deren Rechnungsabschluss. Trotz massiver Einsparungen von rund 200 Mio. Franken bei den Subventionen (11%) und 46 Mio. (7,7%) beim Sachaufwand konnte das Defizit nicht stärker gedrosselt werden. Negativ auf die Rechnung wirkten sich aber auch die Mindereinnahmen von 80 Mio. Franken bei der Steuer für juristische und natürliche Personen aus. Das durchschnittliche Volkseinkommen im Kanton Bern beträgt (1994) Fr. 38 215.-. Dies bedeutet nur Platz 20 in der kantonalen Rangliste! Die Schuldenlast beträgt heute 7,1 Mia. Franken.

Recht turbulente Zeiten erlebte 1995 das Gesundheitswesen. Im Sinne einer dringend notwendigen Senkung der Spalkosten schlug die Regierung eine Spitalreform vor. Auf Druck im Emmental und Oberland wurde das ursprünglich geplante Reformprojekt eines Vier-Regionen-Modells auf ein Sechs-Regionen-Modell erweitert. Damit wäre ein jährliches Sparpotential von 38 Mio. möglich, ohne dass die medizinische

Versorgung der Bevölkerung in Frage gestellt würde. Der Verband Bernischer Krankenhäuser hat auch gegen diese «weichere» Variante mittels einer Volksinitiative Opposition angekündigt.

Das vom Schweizer Volk angenommene neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) hat zur Folge, dass der Bund die bisherigen Subventionen an die Krankenkassen nicht mehr zahlt. Hingegen leistet er Beiträge an die Kantone, die gezielt zur Verbilligung der Krankenkassenprämien an Personen mit tiefen Einkommen auszurichten sind. Dies, sofern auch der Kanton in gleicher Höhe zur Prämienverbil-



Fusion Ciba/Geigy mit Sandoz zu Novartis

Dieser Zusammenschluss der Basler Chemiefirmen erregt weltweit Aufsehen. Dr. D. Vasella (links) als operativer Chef und Dr. A. Krauer als Verwaltungsratspräsident bilden das Führungsduo der neuen Gesellschaft.

(Foto: Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

ligung beiträgt. Während in einigen Kantonen in bezug auf Höhe und Auszahlungsart der Verbilligungen ein Wirrwarr entstand, wurde im Kanton Bern eine rationelle und klare Regelung getroffen, die schon anfangs 1996 weitgehend zur Zufriedenheit der Beitragsempfänger funktionierte.

Seit Mitte 1995 wird im Grossen Rat mit Knopfdrücken elektronisch abgestimmt. Die Strapazen des Aufstehens, Absitzens, Aufstehens, Absitzens sind behoben! Mit 100 zu 43 Stimmen wurde eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten beschlossen. So dürfen u.a. kleinere Geschäfte der Nahrungsmittelbranche ab 1996 auch sonntags von 06.00 bis 18.00 Uhr ihre Läden offen halten. Dagegen ist aber das Referendum ergriffen worden.

In den Nationalratswahlen vom 22. Oktober bewarben sich auf 27 Listen 583 Bürgerinnen und Bürger um einen Sitz. Dies war neuer Rekord, obwohl der Kanton Bern wegen der Bevölkerungsverschiebung und des Abgangs des Laufentals zu Basel-Land nur noch 27 statt wie bisher 29 Nationalratssitze belegen kann. Es gelang der SP, dank 4,7% Stimmenanteilgewinn und Proporzglück zwei zusätzliche Mandate zu gewinnen. Die Freipartei und die Schweizer Demokraten verloren je einen Sitz, die Freie Liste beide bisherigen Sitze.

Der Grosse Rat hat am 8. Mai die Wahl seines neuen Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten sowie des Regierungspräsidenten und seines Stellvertreters für die Amtsperiode 1996/97 vorgenommen. Mit 135 von 162 gültigen Stimmen machte Christian Kaufmann (SVP, Bremgarten), der von Berufs wegen als Chef der Sektion Pflichtlager im Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung tätig ist, als neuer Ratspräsident das Rennen. Ihm zur Seite gestellt wurden als Vizepräsidenten des Grossen Rats Roland Seiler (SP) und Ursula Haller (SVP, Thun), zu deren Gunsten der Fraktionsführer ihrer Partei, Walter Balmer, grosszügig auf seine eigene Kandidatur verzichtet hatte. Der neue Regierungspräsident von Bern ist Hans Lauri, Finanzdirektor in der Berner Regierung, der glanzvoll nicht weniger als 149 von 159 gültigen Stimmen auf sich zu vereinen vermochte. Regierungsrätin

Elisabeth Zölch wurde mit einer Stimmenzahl von 129 Stimmen zur neuen Vizeregierungspräsidentin gekürt.

In der *Stadt Bern* hat sich auch im Jahre 1995 die Verhärtung der politischen Fronten nicht geändert. Der RGM-Gemeinderat und das RGM-beherrschte Stadtparlament lehnten während des ganzen Jahres regelmässig bürgerliche Vorstösse ab. Das erste städtische Budget 1996 wurde vom Volk am 26. November 1995 abgelehnt. Um die Volksmeinung zu einem Sanierungskredit für die Reithalle umgehen zu können, hat der Stadtrat einen ersten Kredit von 1,49 Mio. Franken bewilligt. Damit wird ein Ausgabenreferendum verhindert; gegen einen Ausgabenkredit von über 1,5 Mio. Franken könnte nämlich das Referendum ergriffen und eine Volksabstimmung erzwungen werden!

Die Abwanderung von Firmen und gut verdienenden Personen aus der Stadt hat weiter zugenommen. Der Abbau von Arbeitsplätzen konnte nicht aufgehalten werden, und die Steuereinnahmen sanken unter das budgetierte Mass. Hart im Clinch war der Berner Gemeinderat mit der Vereinsdruckerei-AG, die während über 100 Jahren den Amtsanzeiger der Stadt (Stadtanzeiger) produzierte und vertrieb. Die Konzession wurde an den Zeitungsverlag «Bund» vergeben. Um das Fachpersonal und die technischen Einrichtungen des Betriebes sowie das Aktienkapital praktisch zum Null-Tarif nicht verlieren zu müssen, gab die Vereinsdruckerei AG ein Konkurrenzprodukt zum Stadtanzeiger, das «Berner Tagblatt», heraus. Ein Sorgenkind besonderer Art ist der traditionsreiche Sportverein der Berner «Young Boys». Wegen Überschuldung steht dieser in Gefahr, die Konzession als Profi-Club zu verlieren und in die Anonymität abzusinken. Der geplante Neubau des Fussballstadions Wankdorf wäre wohl ad acta gelegt, Cup-Final und Länderspiele wären aus Bern verbannt. Ein Stück Berner Stolz und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der Stadt gingen damit verloren.

Hans Rudolf Böckli